

FRANKREICH- ZENTRUM

der Albert-Ludwigs-Universität
Freiburg i.Br.

Bulletin no 1

Oktober 1992

Inhalt :

- Editorial : Hans-Martin Gauger
- Udo Kempf : Frankreich nach dem Maastricht- Referendum
- Förderverein : Kinkel kommt
- RHODIA-Preis
- Eröffnung des Graduiertenkollegs

Liebe Leserin, lieber Leser !

Voilà, vor Ihnen liegt sie, die erste Ausgabe des jüngsten Kindes des Frankreich-Zentrums: das "Bulletin": Schon wieder etwas Neues sagen die Einen, endlich mal was Neues, hoffentlich, die Anderen. Was also steckt dahinter, was ist unsere Absicht ?

Nun: die Familie "Frankreich-Zentrum", dessen (männliches) Oberhaupt ich bin, ist größer geworden !

Da ist, zunächst einmal, seit Mai diesen Jahres, der **Förderverein** des Frankreich-Zentrums. Dieser besteht mittlerweile aus 31 Unternehmen, Banken und Einzelpersonen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, das Frankreich-Zentrum gedanklich und finanziell zu unterstützen und so die Zusammenarbeit zwischen der Hochschule und der Wirtschaft zu fördern. Vorsitzender ist Dr. Klaus Mangold, früher Freiburg, jetzt Fürth.

Da sind, seit April diesen Jahres, mittlerweile zwei Jahrgänge des Aufbaustudiengangs "**Interdisziplinäre Frankreich-Studien**", von denen einer freilich derzeit im Praktikum oder im Studium in Frankreich ist. Wir betreuen also zur Zeit etwa 50 Studenten.

Da ist, seit dem 1. Oktober, das neu errichtete **Graduiertenkolleg**, finanziert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, mit derzeit 8 Doktoranden, die zum Frankreich-Zentrum hinzugekommen sind und die ich an dieser Stelle herzlich willkommen heiße.

Und da sind natürlich noch die 25 wissenschaftlichen und 13 assoziierten **Mitglieder des Frankreich-Zentrums**, zahlreiche französische **Gastprofessoren** und andere **Lehrkräfte** sowie 33 vom Frankreich-Zentrum finanzierte **wissenschaftliche Hilfskräfte**, allesamt betreut von der mittlerweile dreiköpfigen Geschäftsführung: Dr. Juliane Besters-Dilger, Georg Hünнемeyer, Isabelle Lemmer.

Sie sehen, die Familie hat sich zu einer Großfamilie entwickelt. Diese Entwicklung wird sich weiter fortsetzen. Das Graduiertenkolleg wird ausgebaut, der Förderverein bemüht sich tatkräftig um weitere Mitglieder, Bewerbungen für den dritten Studentenjahrgang, Sommersemester 1993, gehen bereits bei uns ein.

Der Hunger nach Informationen in einer solchen Großfamilie ist dementsprechend groß. War es zu Beginn des Frankreich-Zentrums noch möglich, auf informelle Weise Sättigung zu verschaffen, so wird dies angesichts der mittlerweile erreichten Familienstärke immer schwieriger.

Hier will das Bulletin Abhilfe schaffen.

Neben der Darstellung eines aktuellen, frankreich-bezogenen Themas, heute eines Beitrags unseres Mitglieds Udo Kempf über Frankreich nach dem Maastricht-Referendum, dient das Bulletin vor allem der Informationsvermittlung. Vortragstermine, Kolloquien, Mitgliederversammlungen, Eröffnungsveranstaltungen, Seminare, Lehrveranstaltungen, usw. werden im Bulletin rechtzeitig angekündigt. Organisatorische und personelle Veränderungen werden durch das Bulletin mitgeteilt. Das Bulletin dient so auch der Verbesserung des Informationsflusses unter den einzelnen Gruppen.

Das Bulletin erscheint voraussichtlich zu Beginn eines jeden Quartals. Für Ideen, Änderungswünsche, Kritik und aktuelle Beiträge bin ich Ihnen sehr dankbar, bitte wenden Sie sich an Herrn Hünнемeyer von der Geschäftsführung.

Meine besten Wünsche zum eben beginnenden Wintersemester : A la prochaine !

Hans-Martin Gauger
Vorsitzender des Vorstands des
Frankreich-Zentrums

Vorankündigung :

Kinkel kommt ins Frankreich-Zentrum

Herr Bundesaußenminister Dr. Kinkel folgt einer Einladung des Fördervereins des Frankreich-Zentrums und wird Mitte Januar nach Freiburg kommen !

Geplant ist eine Veranstaltung mit Herrn Dr. Kinkel im "Audimax" der Universität. Wegen des sehr engen Terminkalenders Herrn Kinkels könne wir Ihnen leider noch keine genauen Angaben über Ort und Zeit der Veranstaltung machen..

Mitgliederversammlung 1993

Es ist geplant, vor der Veranstaltung mit Herrn Dr. Kinkel eine Mitgliederversammlung des Fördervereins durchzuführen. Ort und Zeit müssen auf die Planungen Herrn Kinkels abgestimmt werden, so daß wir Ihnen auch hier noch keine genauen Angaben machen können. Zu dieser Mitgliederversammlung wird zusammen mit der Veranstaltung mit dem Bundesaußenminister eingeladen.

Dem Förderverein gehören zur Zeit folgende Mitglieder an:

Anwaltskanzlei Bappert, Witz & Selbherr, Freiburg
Audi AG, Ingolstadt
Badische Stahlwerke , Kehl
Oberbürgermeister Dr. Rolf Böhme, Freiburg
Burda GmbH, Offenburg
Prof.Dr. Hermann Danuser, Freiburg
Deutsche Bank AG, Freiburg
Dresdner Bank AG, Freiburg
Duravit AG, Hornberg
Essilor-Ehinger GmbH, Freiburg
Freiburger Regiogesellschaft, Freiburg
Hermann Frese, Freiburg
Fa. Carl Freudenberg, Weinheim
Prof.Dr. Heiko Haumann, Basel
Herder-Verlag , Freiburg
KBC Manufaktur, Lörrach
Prof.Dr. Udo Kempf, Kirchzarten
Rechtsanwalt Dr. Edgar Kull, Berlin
Landeskreditbank Baden-Württemberg, Karlsruhe
Mercedes-Benz AG, Freiburg
Großversandhaus Quelle, Gustav Schickedanz KG, Fürth
Rhône-Poulenc Rhodia AG, Freiburg
Rombach Verlag GmbH, Freiburg
Schitag Schwäbische Treuhand AG, Freiburg
PD Dr. Christian Schmidt-Leithoff, Stuttgart
Prof.Dr. Gottfried Schramm, Freiburg
Sick GmbH, Freiburg
Sparkasse Freiburg, Freiburg Prof.Dr. Jörg Stadelbauer, Freiburg
Voyages Sud-Soleil S.A., Binningen/Basel
Prof.Dr. Thomas Würtenberger, Freiburg

Das Frankreich-Zentrum lädt alle Interessierten herzlich ein zu seinen Vorträgen im Wintersemester 1992/93 :

Dr. h.c. Ludwig Harig,
Lesung aus : "Die Hortensien der Frau von Roselius"
Mittwoch, den 28. Oktober 1992, 20 Uhr c.t., Hörsaal 1199
Ludwig Harig ist einer der herausragenden Schriftsteller Deutschlands und ein glänzender "Vorleser" mit humoristischem Talent ("Ordnung ist das ganze Leben", "Nur nicht aus der Reihe tanzen"). Er ist Mitglied des Deutsch-Französischen Kulturrats.

In Zusammenarbeit mit dem Seminar für
Wissenschaftliche Politik
Anne-Marie Le Gloannec, Fondation Nationale des
Sciences Politiques, Paris
*Das deutsch-französische Tandem an einer europäischen
Weggabelung*
Mittwoch, den 13. Januar 1993, 18 Uhr c.t., Hörsaal 3042

Reihe "Frankreich heute"
Prof.Dr. Wilhelm Schlink, Kunstgeschichtliches Institut
Miterrands Paris
Mittwoch, den 3. Februar 1993, 20 Uhr c.t., Hörsaal 3118

Graduiertenkolleg eröffnet

Am Frankreich-Zentrum wurde zum 1. Oktober das Graduiertenkolleg "Modernität und Tradition Spezifische Denk- und Verhaltensweisen in Frankreich und Deutschland als Faktoren der Zusammenarbeit und des Wettbewerbs " eröffnet.

Ein Graduiertenkolleg ist eine Universitätseinrichtung, in der Doktoranden im Rahmen eines thematischen Zusammenhangs ihre Dissertation vorbereiten. Die Doktoranden werden zum Teil mit Stipendien der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert. Ziel ist es, Dissertationen thematisch zusammenzuführen und die Promotionszeiten zu verkürzen. Acht Plätze wurden bereits vergeben, weitere sieben sind zum 1. April 1993 ausgeschrieben. Bewerbungen müssen bis zum 7. Januar 1993 eingehen. In der Geschäftsstelle ist ein Informationsblatt erhältlich

Bulletin

Verantwortlich für den Inhalt:
Prof.Dr. Hans-Martin Gauger

FRANKREICH-ZENTRUM

Universität Freiburg
Haus zur Lieben Hand
Postfach
D-7800 Freiburg
Telefon : 0761/203-4945
Telefax : 0761/203-4908

Udo Kempf: Frankreich nach dem Maastricht-Referendum

Am 20. September 1992 hatten die Franzosen zum achten Mal seit Bestehen der V. Republik über eine Ihnen vom Staatspräsidenten vorgelegte Frage abzustimmen. Bei einer beachtlichen Beteiligung von knapp 70 Prozent votierten 51,01 % der Abstimmenden denkbar knapp mit "oui" und retteten damit sehr wahrscheinlich das Abkommen von Maastricht. Laut Verfassung (Artikel 11) kann der französische Staatschef nahezu jederzeit und ohne wesentliche Auflagen das Volk zu einem Entscheid aufrufen. Im Gegensatz zu Dänemark und Irland gab es aber in Paris keine verfassungsrechtliche Notwendigkeit für eine solche Volksbefragung. Sowohl die Nationalversammlung wie der Senat hatten die durch das Maastricht-Abkommen erforderlichen Verfassungsergänzungen gebilligt; auch im sogenannten "Kongreß" (gemeinsame Sitzung beider Häuser des Parlaments in Versailles), der solche Revisionen anschließend zusätzlich verabschieden muß, wäre die erforderliche Mehrheit gesichert gewesen. Umso überraschender wurde Mitterrands Ankündigung eines Referendums von der französischen Öffentlichkeit aufgenommen.

An Motiven, die den Staatschef zu diesem Schritt veranlaßten, lassen sich nennen: Mitterrand, der im Frühsommer noch von einer hohen Zustimmung seiner Landsleute zu Maastricht ausgehen konnte, wollte mit einem solchen Votum Frankreichs Gewicht innerhalb der Europäischen Gemeinschaft erhöhen. Der politisch angeschlagenen Minderheitsregierung von Premierminister Bérégovoy sollte im Vorfeld der Parlamentswahlen vom März 1993 durch eine breite Zustimmung neue Unterstützung zufließen. Schließlich hoffte Mitterrand, die rechte Opposition in dieser Frage zu spalten und damit ein Wahlbündnis zwischen Neo-Gaullisten, Liberalen und Christdemokraten zu hintertreiben. Möglicherweise erwartete der Staatspräsident, dessen Sympathiekurve in der Bevölkerung auf ihren bisher tiefsten Stand gefallen ist, für sich selbst von einem solchen "Einigungsband zwischen Volk und Führer" (General de Gaulle) einen sichtbaren Autoritätszuwachs, der seine Position innerhalb der Gesamtexekutive zukünftig stärken würde.

Das Ergebnis vom 20. September hat jedoch all diese Überlegungen obsolet werden lassen, denn der "Machiavellist im Elysée-Palast" hatte sich gründlich über das eigene Volk getäuscht und "Russisches Roulette" gespielt (so sein Vorgänger Giscard d'Estaing). Abgesehen von den möglichen Konsequenzen einer Ablehnung des Maastricht-Vertrags durch die Franzosen für den weiteren Weg Europas sind dieser völlig überflüssigen Volksbefragung mehr negative als positive Aspekte abzugewinnen: Die geringe Zustimmung hat weder dazu geführt, Frankreichs Stellung innerhalb der Gemeinschaft zu stärken, noch Mitterrands Ansehen in der Bevölkerung zu verbessern.

Den extremen Parteien gab das Referendum eine unverhoffte Gelegenheit, ihre Ablehnung gegen Europa in

populistischer Form äußerst wirkungsvoll über die Medien zu vermitteln. Front National-Führer Jean-Marie Le Pen verstand es, seine Rolle als neuer Volkstribun bzw. als Politclown (Kommunistenchef Georges Marchais hat ihm diese Rolle nonens volens überlassen müssen) werbewirksam für seine europafeindlichen Ziele einzusetzen.

Innerhalb der drei großen Parteien bzw. Parteibündnisse führte die Debatte für oder gegen Maastricht zu längst überwunden geglaubten grundlegenden Auseinandersetzungen, die die Stellung der jeweiligen Parteiführer auch in Zukunft beeinträchtigen dürfte. Am Tag der Abstimmung entschieden sich große Minderheiten bzw. eine klare Mehrheit der Parteianhänger gegen "Maastricht" und damit gegen die Wahlempfehlung der eigenen Parteiführungen: Am deutlichsten ist dieses Phänomen bei Sympathisanten der Neo-Gaullisten zu erkennen. Nur ein Drittel folgte dem proeuropäischen Aufruf von Parteichef Chirac. Auch im liberalen Bündnis "Union für die französische Demokratie" unterstützte nur knapp die Hälfte das Plädoyer für eine europäische Union. Selbst die Sozialisten mußten hinnehmen, daß ein Fünftel ihrer Wählerschaft sich gegen die Empfehlung der Partei aussprach.

Als besonders schmerzlich ist jedoch das heftige Aufwallen antideutscher Ressentiments im Wahlkampf zu bewerten: Jede Seite bemühte solche Gefühle und Ängste vor dem wiedervereinigten Deutschland für ihre Zwecke - wobei die politische Logik durchaus auf der Strecke bleiben konnte. Warnte nämlich die Partei des "oui" vor einer ungezähmten Bundesbank, falls "Maastricht" scheitere, so dämonisierte die Partei des "non" ein von der DM beherrschtes Europa. Vor dem Hintergrund solcher antideutscher Parolen sah sich Staatschef Mitterrand veranlaßt, vom Krankenbett aus energisch solchen "Argumenten" entgegenzutreten.

Vermutlich waren jedoch für die Anhänger der "Ablehnungsfront" weniger Überlegungen dieser Art entscheidend als die überraschend angebotene Chance, mit der Politik des ungeliebten Staatschefs und seiner erfolglosen sozialistischen Regierung "abzurechnen". Mitterrand hatte bei seinem Entschluß, das Volk über Europas Zukunft befragen zu lassen, die Stimmung in der Wählerschaft ziemlich falsch eingeschätzt. Für fast die Hälfte aller Abstimmenden ging es weniger um Europa als um den Verlust der Glaubwürdigkeit, den Frankreichs "classe politique" nach einer Kette von Skandalen und Korruptionserhellungen hinnehmen muß. Wegen zahlreicher Affären und vor dem Hintergrund einer hohen Arbeitslosenzahl (circa drei Millionen), eines völlig unzureichenden Berufsausbildungssystems (noch 1988 eines von Mitterrands zentralen Wahlkampfthemen) und angesichts latenter Ängste vor einem neuen Modernisierungsschub, den eine Europäische Union mit sich bringen wird, versetzten die Franzosen ihrem Präsidenten und seiner Regierung eine "schallende Ohrfeige", so ein Kommentator. Der knappe Sieg wurde, so kann man argumentieren, trotz Mitterrand errungen. Nur das uneingeschränkte Bekenntnis der oppositionellen Liberalen und Christdemokraten zu Europa ersparte dem Staatschef eine katastrophale Niederlage.

Eine Analyse der Referendumsergebnisse läßt - bei aller Einschränkung - ein zweigeteiltes Land erkennen: ein

dynamisches, optimistisches gegen ein verängstigtes, eher rückständiges Frankreich.

Die "Ja"-Stimmen wurden insbesondere in grenznahen Gebieten (mit Ausnahme der unter einer schweren

RHODIA-Preis

Der Rhodia -Preis für Nachwuchswissenschaftler des Frankreich-Zentrums (jährlich DM 10.000,-) wurde in diesem Jahr vergeben an:

Andreas Blank: "Literarisierung von Mündlichkeit: Louis Ferdinand Céline und Raymond Queneau", Dissertation im Fach Romanistik

Peter Fischer: "Strukturvergleich der Industrie- und Handelskammern in Frankreich und Deutschland - dargestellt am Beispiel der Kammern in der Regio.", Diplomarbeit im Fach Wirtschaftswissenschaften

Daniel Mollenhauer: "Henri Rochefort und der französische Sozialismus (1880 - 1900)", Magisterarbeit im Fach Geschichte

Strukturkrise leidenden Region Nord-Pas-de-Calais) abgegeben. Hier spielten - neben grenzüberschreitenden Verflechtungen auf dem Gebiet des Arbeitsmarkts - langfristige proeuropäische Wählertraditionen eine herausragende Rolle. Die einstigen christlich-demokratischen Hochburgen im Westen und Osten entschieden sich klar für das Maastricht-Abkommen. Ausschlaggebend waren auch hier, wie in den meisten anderen "oui"-Gebieten die Städte. 29 von 35 Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern stimmten mit "ja". Auch einige ländliche Departements, in denen mit Hilfe der Brüsseler Agrarmittel erfolgreich eine Strukturreform begonnen werden konnte, entschieden sich, wenn auch knapp, für "Maastricht".

Demgegenüber stimmten die meisten Agrargebiete mit ihren sehr stark von der Landwirtschaft abhängigen Klein- und Mittelstädten mit "nein". Die Furcht vor tiefgreifenden Veränderungen und möglichen Identitätsverlusten bei Schaffung einer Europäischen Union wurzelt tief in dieser an sich sehr konservativ eingestellten Bevölkerung. Hinzu kommt eine starke Verärgerung über die jüngsten Brüsseler Agrarbeschlüsse, deren Reformziele von diesen Bevölkerungskreisen entrüstet abgelehnt werden. Die Agitation zahlreicher Agrarfunktionäre gegen eine Umstrukturierung solcher Mittel dürfte das Votum in diesen Departements erheblich beeinflusst haben.

Aber auch Städte, in denen der wirtschaftliche Niedergang sich fortsetzt (z.B. Lille, Marseille und Hafenstädte mit starker Werftindustrie) oder in denen eine besonders große Zahl an Immigranten lebt (z.B. am Mittelmeersaum), votierten mit "nein". Auffallend ist eine Konvergenz zwischen "Nein"-Stimmen und Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit. Dies gilt besonders für zahlreiche Vororte großer Städte. Während bürgerliche Kernorte z.B. von Lyon oder Paris sich zu Europa bekannten, war das Votum in den trostlosen Vorstädten mit ihren zahlreichen Problemen wie Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit der Jugend und schlechter urbaner Lebensqualität negativ.

Kurz: das Referendum zeigte eine Spaltung der französischen Gesellschaft in eher reiche, gut ausgebildete, innerstädtische Befürworter und arme, strukturge-schädigte, durch den Modernisierungsprozeß zutiefst verunsicherte Land- bzw. Vorstadtbewohner als Gegner einer fortschreitenden europäischen Integration.

Aus dem Referendum lassen sich mehrere Konsequenzen ableiten:

- Staatspräsident Mitterrand ist - trotz des knappen "Ja's" - geschwächt aus dieser Abstimmung hervorgegangen. Es ist ihm weder gelungen, sich erneut legitimieren zu lassen noch die bürgerliche Rechte so stark zu schwächen, daß sie bei kommenden Wahlen nicht mehr miteinander koalitionsfähig ist.

- Die Bevölkerung hat sich in ihrem Abstimmungsverhalten nur zum Teil (Sozialisten, Liberale und Grüne) oder fast gar nicht (Neo-Gaullisten) an den Empfehlungen der Parteiführungen orientiert. Dies dürfte insbesondere für Jacques Chirac zu langfristigen innerparteilichen Problemen führen.

- Die deutsch-französische Partnerschaft ist durch das Aufwühlen antideutscher Ressentiments zumindest nicht gestärkt worden.

- Die Europa-Idee, im Frühjahr 1992 noch von über 70 Prozent aller Franzosen gutgeheißen, erlitt durch die indirekt mit diesem Plebiszit verknüpfte Abstimmung über die regierenden Sozialisten einen nicht abzuschätzenden Rückschlag. Die Maastrichter Vereinbarungen, deren Architekt François Mitterrand in hohem Maße war, werden nun von fast der Hälfte aller Franzosen sehr skeptisch bis ablehnend beurteilt.

- Auch Kommentatoren, die dem Staatspräsident wohlwollend gesinnt sind, empfehlen ihm nun einen vorzeitigen Abschied aus dem Elysée-Palast. Als Begründung könnte seine gerade überstandene Krebsoperation dienen.

Ob sich Mitterrand zu einem solchen Schritt bewegen läßt, ist momentan völlig offen. Bleibt er im Amt (längstens bis Frühjahr 1995), wird er aller Voraussicht nach im nächsten Jahr mit einer bürgerlichen Parlamentsmehrheit regieren müssen. Sein Gewicht innerhalb einer solchen Gesamtexekutive dürfte jedoch - im Gegensatz zur "Cohabitation" von 1986 bis 1988 - kaum mehr von Bedeutung sein. Tritt er vorzeitig zurück, könnte sein eventueller Nachfolger (wahrscheinlich Michel Rocard oder Jacques Delors) den weiteren Verfall der Sozialistischen Partei in der Wählergunst stoppen und eine regierungsfähige breite Mehrheit aufbauen.

Die Abstimmung vom 20. September hat erneut gezeigt, daß der direkte Kontakt zwischen Volk und Staatschef nur in den ersten Jahren der V. Republik im Sinne der Regierenden erfolgreich war. Alle späteren Referenden waren für die Staatspräsidenten enttäuschend. In einem Fall - im April 1969 - führten sie sogar zum Rücktritt.

Dr. Udo Kempf ist Professor an der Pädagogischen Hochschule in Freiburg. Wissenschaftliche Schwerpunkte: Politikwissenschaft, Schwerpunkt Vergleichende Regierungslehre, insbesondere westeuropäische Länder und Kanada. Er ist

Bulletin no 1

Oktober 1992

Bulletin no 1

Oktober 1992

Das Frankreich-Zentrum lädt alle Interessierten herzlich
ein zu seinen Vorträgen im Wintersemester 1992/93 :

Dr. h.c. Ludwig Harig, Schriftsteller

Lesung aus : "Die Hortensien der Frau von Roselius"

Mittwoch, den 28. Oktober 1992, 20 Uhr c.t., Hörsaal 1199

In Zusammenarbeit mit dem Seminar für

Wissenschaftliche Politik

Anne-Marie Le Gloannec, Fondation Nationale des

Sciences Politiques, Paris

*Das deutsch-französische Tandem an einer europäischen
Weggabelung*

Mittwoch, den 13. Januar 1993, 18 Uhr c.t., Hörsaal 3042

Reihe "Frankreich heute"

Prof.Dr. Wilhelm Schlink, Kunstgeschichtliches Institut

Miterrands Paris

Mittwoch, den 3. Februar 1993, 20 Uhr c.t., Hörsaal 3118